

Rotes Quadrat

Leben im SPD-Kreisverband Mannheim



Ausgabe Nr. 26 für die 26. Woche / 2012

Mannheim, den 25. Juni 2012

Das Rote Quadrat erscheint jeden Montag. Redaktionsschluss ist Freitag der Vorwoche.

Redaktionsanschrift: redaktion-rotes-quadrat@spd-mannheim.de Telefon: 0621-853272

Der Wechsel, das Land und die Kommunen" mit Dr. Nils Schmid (Mdl), Minister für Finanzen und Wirtschaft & stellvertretender Ministerpräsident von Baden- Württemberg (SPD)

Baden-Württemberg im Aufbruch

Mittwoch, 4. Juli 2012 - 18:00 – Ratssaal - Stadthaus N1, 68161 Mannheim

Mit dem politischen Wechsel zeigt Baden-Württemberg Aufbruchstimmung. Erste Veränderungen sind z. B. mit der Abschaffung der Studiengebühren als zentralem Anliegen der SPD geschaffen. Auch die Ergebnisse der Haushaltsberatungen zeigen neue politische Ansätze und Veränderungen von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Landes und der Kommunen.

Der Ausbau der Kleinkindbetreuung, die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze für Polizeianwärter, die Landesinitiative Elektromobilität II sowie die Umsetzung der Kunstkonzeption 2020 sind nur einige Punkte, die belegen, welche wichtigen Impulse die neue grün-rote Landesregierung bereits nach knapp einem Jahr Regierungshandeln gesetzt hat.

Im Mittelpunkt der Veränderungen stehen die Kommunen, steht Mannheim! Wir laden Sie ein, gemeinsam mit

- Dr. Nils Schmid, MdL, Minister für Finanzen und Wirtschaft
 - Ralf Eisenhauer, Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion
 - Dr. Stefan Fulst-Blei, MdL
 - Helen Heberer, MdL
- über die Einjahresbilanz der grün-roten Landesregierung zu diskutieren.

Informieren Sie sich über die neue Landespolitik und diskutieren Sie mit uns über die weitere Gestaltung von Baden-Württemberg und Mannheim.

Im Anschluss daran laden wir Sie zu einem kleinen Umtrunk ein, bei dem die Möglichkeit des Austausches und des Kennenlernens besteht. Wir freuen uns auf Ihr Kommen und interessante Gespräche mit Ihnen!



SPD-Regionalverbandsfraktion bleibt bei klarem NEIN



Bei objektiver Betrachtung der Entfernungen und der Fahrtzeiten zu den bereits vorhandenen Flughäfen in Frankfurt und Stuttgart sowie Baden-Airport besteht die Notwendigkeit für einen neuen Flughafen in unserer Metropolregion nicht! So die ebenso klare

wie auch eindeutige Feststellung von Matthias Baaß, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Verband Region Rhein-Neckar, anlässlich der Behandlung dieses Themas im Rahmen der jüngsten Verbandsversammlung im Bürgersaal des Mannheimer Stadthauses.

Der unbestreitbare Bedarf beim Marktsegment Business-Aviation (Taxi- und Werksverkehre) muss jedoch anerkannt und sichergestellt werden. Dies ist für die Region Rhein-Neckar, in der viele weltweit tätige Unternehmen angesiedelt sind, von immenser Bedeutung, so Matthias Baaß weiter. Der Wormser Oberbürgermeister Michael Kissel, stellv. SPD-Fraktionschef, stellte fest: "Mit unserer Haltung in dieser Frage betreiben wir weder Großmannssucht noch Kleingeisterei". Die SPD-Regionalverbandsfraktion orientiert sich in dieser Sache an den objektiven und tatsächlichen Gegebenheiten. Ein Wettbewerb der Parteien ist angesichts der eindeutigen Gegebenheiten nicht zielführend, wir müssen eine gemeinsame Strategie entwickeln und das vorliegende und von allen Fraktionen getragene Pflichtenheft als

SPD-Kreisverband Mannheim
Kreisvorsitzender:
Wolfgang Katzmarek

SPD-Regionalzentrum Rhein-Neckar
Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg
Telefon: (06221) 21 0 04
Telefax: (06221) 16 40 23

E-Mail:
kv.mannheim@spd.de
Homepage:
www.spd-mannheim.de

Bankverbindung:
Konto-Nr. 302 43 102
BLZ 670 505 05
Sparkasse Rhein-Neckar-Nord

Grundlage für die Vergabe einer Bedarfsanalyse geht genau in diese Richtung.

Laut Matthias Baaß würden wir uns völlig damit überheben, den bereits in unserem näheren Umfeld aber auch in unserer Region selbst vorhandenen Flughäfen einen weiteren hinzufügen zu wollen. Vielmehr müssen wir uns mit allem Nachdruck dafür einsetzen, die Verkehrsinfrastruktur zu den vorhandenen Einrichtungen nachhaltig zu verbessern, dies gilt in besonderer Weise

für den schnellen Ausbau des Schienenverkehrs auf der Strecke Rhein-Main / Rhein-Neckar. Die SPD-Fraktion in der Metropolregion ist bislang der Frage des Luftverkehrs nicht einfach nur mit einer bereits festgelegten Position begegnet; dies wollen und werden wir bis zur Vorlage des Gutachtens auch so beibehalten. „Wir sagen heute was wir nicht wollen und wir sagen ebenso deutlich, was wir wollen; dies ist aus unserer Sicht der richtige Weg“, so Fraktionschef Baaß abschließend.

Botschafter der Republik Tunesien auf Einladung von Stefan Rebmann zu Gast in Mannheim

Auf Einladung des Mannheimer SPD-Bundestagsabgeordneten Stefan Rebmann war der Botschafter der Republik Tunesien, S.E. Elyes Ghariani, in Begleitung von Botschaftsrat Mehdi Ferchichi vom 17. bis 19. Juni zu Gast in der Mannheimer Quadratestadt.

Bild: 1. Reihe v.l.n.r.: MdB Stefan Rebmann, Botschafter Tunesien S.E. Elyes Ghariani, Martin Purpur (GIZ), Sabine Berger (GIZ), Dr. Bischoff-Peters (GIZ), Botschaftsrat Mehdi Ferchichi 2. Reihe v.l.n.r.: Leda Guzman de Syed (GIZ), Lutz-Udo Glaser (Büro MdB Stefan Rebmann), Slim El Jazi (Übersetzer), Petra Holzer (Stadt Mannheim Fachbereich Internationales und Protokoll). Foto: GIZ-Bildungszentrum Mannheim

Die Idee dazu war bei einem Treffen mit dem Botschafter in Berlin nach einer Reise des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nach Tunesien entstanden. Als SPD-Berichterstätter u.a. für Israel/Nahost und Nordafrika hatte sich Rebmann damals einen ersten Eindruck von der aktuellen Situation im Land nach den Umbrüchen in der arabischen Welt verschafft.

Das zweitägige Programm des Botschafters begann mit einem festlichen Abendessen auf Einladung des Oberbürgermeisters im Restaurant des Fernmeldeturms. In enger Absprache mit der Stadt Mannheim hatte Stefan Rebmann dem Botschafter und Botschaftsrat Ferchichi Gespräche bei der IHK Rhein-Neckar in Mannheim, bei den Bürgerdiensten, im Jobcenter, im Internationalen Bildungszentrum GIZ und im Ausbildungszentrum des Verbands der Bauwirtschaft Nordbaden organisiert, wo der Botschafter die Vorzüge des dualen Systems kennen lernte.

In Heidelberg stand ein Besuch bei Landrat Stefan Dallinger und Nils Drescher von der Stabsstelle Wirtschaft und Europa auf der Tagesordnung. Angesprochen auf den Mangel an medizinischer Ausstattung für neue Krankenhäuser sagte Landrat Stefan Dallinger zu, seine Kontakte zum DRK zu nutzen, um bei der Ausstattung neu eingerichteter Krankenhäuser in Tunesien behilflich zu sein.

Im Klärwerk und beim Heizkraftwerk auf der Friesenheimer Insel ließen sich die tunesischen Gäste von der innovativen Technologie im Abwasser- und Müllverbrennungsbereich überzeugen.

Angesichts des großen Interesses unter anderem bei den Gemeinderäten aller Parteien wurde der Empfang des Oberbürgermeisters und die Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Mannheim zur MVV Energie AG verlegt, wo die Gespräche über mögliche neue Felder der Zusammenarbeit auch mit der Firmenleitung vertieft werden konnten.

Im Mittelpunkt aller Gespräche stand für den Botschafter die Werbung um Vertrauen für sein Land und die Vertiefung bereits bestehender bilateraler Kontakte,

wobei Stefan Rebmann als Entwicklungspolitiker zusagte, auch auf Bundesebene um Verständnis für die zu überwindenden Hindernisse auf dem Weg zu einer demokratischen Entwicklung Tunesiens zu werben.

Bei der IHK erfreute den Botschafter die Ankündigung der Fa. Freudenberg/Weinheim, sie werde demnächst eine Repräsentanz mit zwei Mitarbeitern in Tunis einrichten, um sich in der Region weiter zu engagieren. Der Botschafter unterstrich, dass es in Tunesien bereits einen Mittelstand und gut ausgebildete junge Leute gebe, die nach der Ausbildung aber oft keine Arbeit fänden. Ulrich Manz vom Jobcenter sagte zu, er werde sich bemühen, qualifizierte Ingenieure über die Zentrale Arbeitsvermittlung oder das Europäische Portal zur beruflichen Mobilität (EURES) an Firmen zu vermitteln, hier gebe es ja durchaus eine win-win-Situation.



Bei der GIZ waren die nationalen und EU-Vorhaben zur Qualifizierung und Beschäftigungsförderung Jugendlicher zur Unterstützung des gesellschaftlichen Wandels in Tunesien sowie die jahrzehntelange Expertise Mannheims auf dem Gebiet des „Human Capacity Development Ansatzes“ wichtige Themen. Wie ein roter Faden zog sich aber durch alle Gespräche, dass Deutschland und die EU Tunesien und Nordafrika zwar helfen sollten, z.B. durch zeitlich befristete Programme für eine Weiterqualifizierung, es dürfe aber kein „Brain drain“ - also kein langfristiges Abwerben qualifizierter Arbeitskräfte aus Tunesien oder der Nachbarregion – stattfinden, damit es dort weiter aufwärts gehe.

Im DER-Reisebüro bemühte sich der Botschafter, gegenüber dem Regionalleiter der DER Reisebüros, Joachim Knittweis, das Interesse am Reiseland Tunesien zu verstärken und mehr über die Interessen der Mannheimer an seinem Land zu erfahren. Auch Reisebüroexperte Hans-Joachim Zalud schätzte sich glücklich, an seinem

Arbeitsplatz erstmals einen offiziellen Vertreter Tunesiens zu treffen.

Am Ende zeigte sich der Botschafter tief beeindruckt von der Quadratestadt, auch wenn die ebenfalls reizvollen Seiten Mannheims als Kulturmetropole leider zu kurz kamen. Am einzigen freien Abend wollte sich der Botschafter unbedingt noch mit dem tunesischen Bildungsverein „Dar Abou el Kassem el Shebbi“ treffen. Immerhin leben ja 228 Tunesier in Mannheim.

SPD-Gemeinderatsfraktion und Migrationsbeirat im Dialog

Sprachrohr für Integration

Die SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim hatte den städtischen Migrationsbeirat zu einer Gesprächsrunde eingeladen, um sich über dessen bisherige Erfahrungen seit der Neukonstituierung 2010 auszutauschen. Beide Partner lobten die gute Zusammenarbeit und vereinbarten regelmäßige Treffen.

Seit anderthalb Jahren existiert der nach einem neuen Verfahren zusammengesetzte Migrationsbeirat der Stadt Mannheim. Um sich über die bisherigen Ergebnisse, Erfahrungen und Bedürfnisse auszutauschen, hatte die SPD-Gemeinderatsfraktion die 20-köpfige Gruppe in ihre Fraktionssitzung eingeladen.

Marianne Bade, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Gemeinderatsfraktion, sagte anschließend: „Wir haben ein sehr ertragreiches Gespräch geführt. Es hat sich gezeigt, dass das neue Verfahren zur Zusammensetzung des Beirats die richtige Entscheidung gewesen ist. Wir haben authentische und kompetente Vertreterinnen und Vertreter, die viele Nationen der Stadt repräsentieren und mit Sicherheit als Sprachrohr für die Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt angesehen werden können. Für die bisher geleistete Arbeit gebührt ihnen ein großes Dankeschön. Gerade in Mannheim erfüllen sie wichtige Funktionen. Wir sind sicher, dass der Beirat in Zukunft mit noch mehr Gewicht die Belange der migrantischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Stadtgesellschaft einbringt.“

Ausdrücklich betonte Bade die Unterstützung durch ihre Fraktion: „Die SPD steht voll und ganz hinter dem Migrationsbeirat. Um seine Arbeit weiter zu stärken und gegenseitig voneinander zu lernen, haben wir verein-

bart, uns regelmäßig über das aktuelle Geschehen auszutauschen.“ Der Vorsitzender des Migrationsbeirats, Suat Selcuk, lobte die Sozialdemokraten für ihr Engagement: „Integration ist bei der SPD hoch angesiedelt. Wir können immer mit ihrer Unterstützung rechnen und sind dafür sehr dankbar.“ Außerdem ging er auf die Fortschritte in der Arbeit ein: „Nach anderthalb Jahren können wir feststellen, dass wir immer stärker als Ansprechpartner in der Stadtgesellschaft wahrgenommen werden. Dazu sind wir für viele Menschen erste Anlaufstelle, wenn es etwa darum geht, die richtigen Kontaktpersonen zu finden oder neu Zugewanderte zu beraten. In der nächsten Zeit legen wir zudem unser Augenmerk auf eine Einbürgerungskampagne sowie die Themen Bildung und Inklusion.“

Der Migrationsbeirat besteht seit dem Jahr 2000. Seit 2009 werden dessen Mitglieder nicht mehr gewählt, sondern von einer dafür eingesetzten Kommission berufen. Dadurch konnte die Einrichtung gestärkt und repräsentativer im Hinblick auf die Herkunft der Personen aufgestellt werden. Die Frauen und Männer aus derzeit zwölf Nationen beraten den Gemeinderat bei integrations- und migrationspolitischen Themen und vertreten die entsprechenden Personengruppen nach außen.

Foto v.l.n.r.: Stadträte Ulrich Schäfer, Prof. Dr. Horst Wagenblaß, Helen Heberer (MdL); Mitglieder des Migrationsbeirats Adil Gazi, Radu Carciumaru, Khaled Znaidi, Suat Selcuk; Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle des Migrationsbeirats Daphne Hadjiandreu-Boll; Mitglieder des Migrationsbeirats Giacomo Salmieri, Miguel Angel Herce, Aicha Berth; Stadtrat Joachim Horner und Stadträtin Marianne Bade.

Der Migrationsbeirat besteht seit dem Jahr 2000. Seit 2009 werden dessen Mitglieder nicht mehr gewählt, sondern von einer dafür eingesetzten Kommission berufen. Dadurch konnte die Einrichtung gestärkt und repräsentativer im Hinblick auf die Herkunft der Personen aufgestellt werden. Die Frauen und Männer aus derzeit zwölf Nationen beraten den Gemeinderat bei integrations- und migrationspolitischen Themen und vertreten die entsprechenden Personengruppen nach außen.

Foto v.l.n.r.: Stadträte Ulrich Schäfer, Prof. Dr. Horst Wagenblaß, Helen Heberer (MdL); Mitglieder des Migrationsbeirats Adil Gazi, Radu Carciumaru, Khaled Znaidi, Suat Selcuk; Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle des Migrationsbeirats Daphne Hadjiandreu-Boll; Mitglieder des Migrationsbeirats Giacomo Salmieri, Miguel Angel Herce, Aicha Berth; Stadtrat Joachim Horner und Stadträtin Marianne Bade.



Frischer Wind im Bezirksbeirat Sandhofen

Mit Patrick Pazdzierski hat der SPD Bezirksbeirat Sandhofen einen Ersatz für den ausscheidenden Reiner Mohr gefunden, der an den Bodensee zieht. Der 22-jährige Blumenauer Pazdzierski studiert VWL an der Uni Mannheim und ist durch seinen langjährigen Freund Julian Marx, den Vorsitzenden des SPD Ortsvereins Sandhofen, zur Politik gekommen. „Ich bin sehr froh, dass wir mit Patrick



nach mir noch einen weiteren jungen Menschen in unserem Ortsverein begrüßen dürfen“, so Marx. Besonders wichtig ist für Pazdzierski, dass er aktiv daran teilnehmen kann, einen Flughafen im Mannheimer Norden zu verhindern. Mit ihm gibt es nun auch einen SPD Bezirksbeirat von der Blumenau.

Photo: Julian Marx [rechts] bei der Übergabe des Parteibuchs an Patrick Pazdzierski am Stich

SPD-Gemeinderatsfraktion: Ausbau zur Ganztagschule wichtig für Kinder

Über 14 Millionen Euro für Sandhofenschule

Ein wichtiger Schritt für die Kinder in Sandhofen: Über 14 Millionen Euro sollen bis 2017 in die Erweiterung und Sanierung der Sandhofenschule fließen. Sie wird zur ganztägigen Realschule.

Der Ausschuss des Gemeinderats für Bildung und Gesundheit stimmte am vergangenen Mittwoch einer Beschlussvorlage zur Erweiterung und Sanierung der Sandhofenschule zu. 14,54 Millionen Euro soll der Umbau kosten und 2017 abgeschlossen sein. Die Schule soll eine Realschule im Ganztagsbetrieb werden. Der Vorlage muss noch der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung zustimmen.

Stadtrat und Landtagsabgeordneter Dr. Stefan Fulst-Blei erklärt dazu: „Die Erweiterung zur Ganztagschule ist ein wichtiger Schritt für die Kinder in Sandhofen. Damit bekommen wir eine Schule, die sozial gerecht und leistungsfähig alle Schülerinnen und Schüler mitnimmt. Gleichzeitig wird es durch die Sanierung zusätzliche

Klassenzimmer und Räume geben, um optimale Voraussetzungen für den Unterricht zu schaffen. Mit den bereits umgesetzten Mitteln aus dem Konjunkturprogramm im Jahr 2011 investieren wir fast 16 Millionen Euro in die Schule. Für jedes Kind die gleiche Chance – im Mannheimer Norden sind wir auf dem richtigen Weg.“

Stadträtin Elke Stegmeier, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Gemeinderatsfraktion, ergänzt: „Ich freue mich, dass die Entwurfsplanung mit Schulleitung, Lehrerinnen und Lehrern und Eltern abgestimmt worden ist und alle hinter dem Projekt stehen. Nun gilt es, zügig die nächsten Schritte anzugehen. Die ganztägige Realschule eröffnet den Kindern deutlich höhere Bildungschancen.“

Foto: Elke Stegmeier, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Gemeinderatsfraktion



Ohne zusätzliches Personal und finanzielle Unterstützung ist inklusive Bildung nicht möglich

Am Samstagnachmittag den 16. Juni fand im Mannheimer Stadthaus N1 eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Inklusion und Schule“ statt.

Auf dem Podium waren die Mannheimer Bürgermeisterin für Bildung, Kinder und Jugend, Familie und Sport Dr. Ulrike Freundlieb sowie der Leiter des Mannheimer Sozialamtes Hermann Genz und die Rektorin der Rheinauer Förderschule Margarete Eisinger-Niedworok und Monika Walz-Kurz, Rektorin der Waldhofschule. (beide Mannheim) vertreten. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit der Mannheimer SPD Gemeinderatsfraktion, den Jusos von Mannheim und dem SPD Netzwerk für Behinderte Menschen Selbst Aktiv Baden Württemberg organisiert.

Anhand der Kooperationspartner konnten sich die Besucher/innen schon darauf einstellen, dass es eine informative und engagierte Diskussionsrunde geben wird. Schon in der Eröffnungsrede machte Marianne Bade, stellv. Vorsitzende der SPD Gemeinderatsfraktion Mannheim, auf die aktuellen Probleme aufmerksam. „So fehlt es an ausgebildeten Fachkräften, die die Lehrkräfte adäquat unterstützen“, meinte Marianne Bade.

Inhaltlich ging es um die bisher gemachten Erfahrungen, die die Akteure der Stadt Mannheim innerhalb eines Modellversuches gemacht haben. Mannheim ist ei-



ne von fünf Regionen von Baden-Württemberg, die seit dem Schuljahr 2010/2011 an dem Modellversuch „Inklusive Schule“ des Kultusministeriums teilnimmt. In diesem Zusammenhang berichten die beiden Rektorinnen der an dem Modellversuch beteiligten Schulen über ihre dabei gemachten Erfahrungen. Hierbei wurde deutlich, dass es noch an wichtigen Voraussetzungen fehlt, um inklusiven Unterricht an einer Schule zu leisten. So wird von der Schulrektorin Margarethe Eisinger darauf hin-

gewiesen, dass der Abschluss an der Förderschule Rheinau nicht als Schulabschluss anerkannt wird. Wie soll dann Inklusion am Arbeitsmarkt funktionieren ohne an-



erkannten Schulabschluss? Hinsichtlich des Modelversuchs meinte die Bildungsbürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb, dass das erste Versuchsjahr dem Abstimmungsprozess zum Opfer gefallen ist. „Jedoch ist das zweite Jahr sehr fruchtbar ge-

wesen“, fügte Freundlieb hinzu. Die Rektorin Monika Walz-Kurz berichte, dass die Eltern ihrer Schule mit dem gemeinsamen Unterricht von Nichtbehinderten und Schüler mit Behinderung den Modellversuch positiv sehen. „Das gemeinsame Lernen hat den Unterricht verändert und es benötigt mehr Zeit“, so Walz-Kurz.

Der Modellversuch wird vom Kultusministerium weder in personeller noch in finanzieller Hinsicht gefördert. Nach der Ansicht von Freundlieb geht das auf Kosten der Kinder.

Auf das Problem der verschiedenen Kostenträger und deren Zuständigkeiten machte Michael Bachmann vom Behindertennetzwerk Selbst Aktiv aufmerksam. Hermann Genz und Ulrike Freundlieb stimmten dem zu und fügten noch hinzu, dass es je nach Fall bis zu sieben verschiedenen Kostenträger in Frage kommen könnten.

Allen Teilnehmern waren zwei Dinge klar. Für eine inklusive Schulbildung gibt es noch viel zutun und sie gibt es nicht umsonst!

Kultusministerium genehmigt zwei Mannheimer Modellprojekte zur Weiterbildung in Höhe von 70.498 Euro

Das Kultusministerium hat insgesamt 26 Modellprojekte zur Weiterbildung in Baden-Württemberg genehmigt und investiert dafür 940.000 Euro. Die neue Projektförderlinie soll vor allem Menschen ohne Schulabschluss und so genannte funktionale Analphabeten, die kaum lesen und schreiben können, erreichen.



„Diese Modellprojekte sind für die Fortentwicklung der Weiterbildung ein wichtiger Meilenstein“, sagte Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer und fügt hinzu: „Damit wollen wir Menschen mit geringer Bildung die Chance geben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und im Berufsleben besser Fuß zu fassen.“ Ein wichtiges Ziel sei es zudem, sowohl junge Erwachsene als auch Seniorinnen und Senioren zu motivieren, eine Weiterbildung zu starten.

„Genau darum geht es auch bei den Mannheimer Modellprojekten der Abendakademie und der BZE Mannheim gGmbH“, erklärt der SPD Landtagsabgeordnete Dr. Stefan Fulst-Blei. Das Projekt der Mannheimer Abendakademie trägt den Titel „ein Modell des Zweiten Bildungswegs – Chance Realschulabschluss“. Das Projekt der BZE Mannheim gGmbH mit dem Titel „Konzeptionelle Entwicklung und Erprobung zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung von Bildungsfernen“ soll herausarbeiten wie Menschen mit geringer Bildung generell zu Weiterbildungen motiviert werden können.

„Insbesondere als Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport bin ich sehr erfreut, dass Weiterbildung in Mannheim unterstützt wird. Die rund 70.500 Euro sind gut angelegt“, so Dr. Fulst-Blei.

Heberer freut sich über Zuschuss für den Mannheimer Hafen



Die Landtagsabgeordnete Helen Heberer freut sich über den namhaften Zuschuss, den der Mannheimer Hafen für den Bau eines neuen Containerterminals erhält. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes hat der Staatlichen Rhein-Neckar-Hafengesellschaft Mannheim

Fördermittel zum Ausbau der Containerumschlaganlage im Mannheimer Handelshafen in Höhe von rund 19,6 Millionen Euro bewilligt.

„Mannheim leistet mit seinem Hafen einen nicht unerheblichen Beitrag zu umweltfreundlichem Warentransport, deshalb ist es folgerichtig, dass Bund und Land mit dem neuen Containerterminal die Rahmenbedingungen schaffen, um den Standort zukunftsfähig zu machen

und den bundesweit zweitgrößten Binnenhafen damit weiter zu stärken“, äußerte Heberer sich zufrieden zur Entscheidung des Bundes den Mannheimer Handelshafen zu fördern. Die Gesamtkosten der Erweiterung, die bis Mitte 2016 fertig gestellt werden soll, belaufen sich auf 22 Millionen Euro. Die Restkosten übernimmt die Hafengesellschaft selbst. Die neue Anlage wird zusätzlich Platz für 1.400 Container bieten. Zusammen mit der bestehenden Anlage können dann im Handelshafen künftig bis zu 4.100 Container sowie 192 Gefahrgutcontainer abgefertigt werden. „Damit gewinnt der Wirtschaftsstandort Mannheim weiter an Bedeutung und zugleich wird ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, den Verkehr von der Straße auf den umweltschonenderen Wasserweg zu verlagern“, so Heberer abschließend.

Wirtschaftsausschuss für strenge Regulierung

"Wichtiger Etappensieg zur Kontrolle der Ratingagenturen"

Ratingagenturen sollen in Zukunft schärferen Regeln unterliegen. Dafür hat sich der Wirtschaftsausschuss im Europäischen Parlament mit einer klaren Mehrheit ausgesprochen.



"Der Vorschlag der Europäischen Kommission musste nachgebessert werden, um die Ratingagenturen wirklich in die Schranken zu weisen. Ihrem intransparenten Handeln und den fragwürdigen Entscheidungen, mit dem sie die Krise immer wieder verschärft haben, musste ein Ende gemacht werden. Die Zeit von Ratings im Eigeninteresse und Eingriffen in die politische Agenda durch kurzfristige Länder-Ratings sollte Vergangenheit sein", unterstreicht der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete Peter Simon.

Das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses hatte sich im Rahmen der Diskussion und in seinen Änderungsanträgen kontinuierlich und erfolgreich dafür eingesetzt, den derzeitigen offensichtlichen Interessenskonflikten bei den Eigentümerstrukturen einen Riegel vorzuschieben. "Es konnte nicht länger hingenommen werden, dass derjenige, dessen Unternehmen eine Bewertung abgibt, daran auch noch ein geschäftliches Interesse hat und somit schlussendlich doppelt an der Bewertung verdient", erklärt Peter Simon. Auf seinen Vorschlag hin dürfen Ratingagenturen zukünftig keine Ratings mehr abgeben, wenn einer ihrer Anteilseigner oder Mitglieder, die mit mehr als zwei Prozent an der Ratingagentur beteiligt sind oder sich in einer Position befinden, in der sie signifikanten Einfluss auf die Geschäftstätigkeiten der Agentur ausüben können, Anteile an den bewerteten Unternehmen oder Staat halten. Gleiches gilt für den Fall, wenn

bewertete Unternehmen Anteile an Ratingagenturen halten. Im Gesetzesentwurf der Europäischen Kommission waren als Obergrenze für die Beteiligung noch zehn Prozent vorgesehen.

Das derzeit marktbeherrschende Oligopol der drei großen Agenturen soll durch die Einführung einer Rotationspflicht und einem Fusionsverbot aufgebrochen werden. Ratingagenturen, die mehr als 20 Prozent des Marktes beherrschen, dürfen

keine anderen Marktteilnehmer aufkaufen. "Wir brauchen endlich mehr und einen fairen Wettbewerb in diesem Bereich", so Peter Simon. Auch der besonderen Situation von Länder-Ratings trägt der Parlamentskompromiss durch strengere Regelungen Rechnung. Jeweils am Ende eines Jahres muss eine Ratingagentur in Zukunft für die darauf folgenden zwölf Monate die Zeitpunkte für die Veröffentlichung der Staatsschulden-Ratings festlegen. "Ratingagenturen dürfen nicht die politische Agenda bestimmen und die Länder vor sich hertreiben. Mit ihren unangekündigten und kurzfristigen Länder-Ratings vor wichtigen Gipfelentscheidungen haben sie aber genau dies getan und gezielt Marktturbulenzen provoziert. Das musste unterbunden werden", betont Peter Simon.

Auf Initiative der Sozialdemokraten soll ein Rating zudem nicht weiter als Meinung gelten, sondern künftig klar als Informationsdienstleistung definiert sein und damit klaren Haftungsvorschriften unterliegen. "Auch Ratingagenturen müssen sich ihrer Verantwortung stellen. Wenn Ratings nicht den geforderten Qualitätsansprüchen genügen und zu Fehleinschätzungen führen, müssen die Verantwortlichen dafür auch die Rechnung zahlen", so Peter Simon abschließend.

Heberer begrüßt Stellungnahme der Kinderkommission für mehr Kultur für Kinder

Die Landtagsabgeordnete Helen Heberer sieht sich in ihrem Engagement für den Einsatz von Kulturagent/innen in den Schulen durch eine Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestags bestätigt. „Es freut mich sehr, dass die Kinderkommission im Zusammenhang mit der Bedeutung von Kunst und Kultur für unsere Gesellschaft explizit auf das Programm „Kulturagenten für kreative Schulen“ hingewiesen hat und es als zukunftsweisendes Projekt bezeichnet“, so Heberer.

Die Idee Kulturagent/innen zur Unterstützung und Entwicklung von künstlerischen Projekten und Angeboten kultureller Bildung an Schulen einzusetzen, ist in Baden-Württemberg im Landes-Fachbeirat „Kulturelle Bildung“, dem Heberer angehört, entstanden. Für die Abgeordnete sind Kunst und Kultur wichtige Bausteine für die Persönlichkeitsbildung und die schulische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, die als fester Bestandteil in den Schulalltag zu integrieren sind. Deshalb ist sie stolz, dass Baden-Württemberg eines von

fünf Bundesländern ist, in denen das Modellprogramm mit dem Ziel durchgeführt wird, bei Kindern und Jugendlichen Neugier für die Künste zu wecken, mehr Kenntnisse über Kunst und Kultur zu vermitteln und die selbstverständliche und aktive Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur zu ermöglichen. Für insgesamt vier Jahre wird den beteiligten Schulen ein Kulturagent an die Seite gestellt, der gemeinsam mit den Schüler/innen, dem Lehrerkollegium, der Schulleitung, Künstler/innen und den Kulturinstitutionen vor Ort ein vielfältiges Angebot der kulturellen Bildung entwickelt und langfristige Kooperationen mit Kulturinstitutionen aufbaut. Darüber hinaus stellt das Programm den Schulen so genanntes „Kunstgeld“ zur Verfügung, mit dem die Schulen künstlerische Projekte umsetzen können. „Eine tolle Sache, die ich weiterhin begleiten und unterstützen werde“, wirbt die Landtagsabgeordnete für eine breite Umsetzung des Programms.



"Jugend und Parlament"

Stefan Rebmann lud Mannheimer Schüler zur Teilnahme am Planspiel des Bundestages ein

Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Stefan Rebmann nahm der Mannheimer Wirtschaftsgymnasiast Tim Rieger (20) am diesjährigen Planspiel "Jugend und Parlament" in Berlin teil. Vom 9. bis 12. Juni 2012 übernahmen 312 Jugendliche die Rollen von Bundestagsabgeordneten.

Tim Rieger lernte dabei den politischen Alltag der Abgeordneten in einer praxisorientierten Simulation kennen. Hierfür wurden die Jugendlichen in fünf erfundenen Fraktionen - die Christliche Volkspartei (CVP), die Arbeitnehmer-Partei-Deutschlands (APD), die Liberale Reformpartei (LRP), die Ökologisch-Soziale Partei (ÖSP) und die Partei der sozialen Gerechtigkeit (PSG) eingeteilt.

Ihre Arbeit in der Sitzungswoche begannen die Jugendlichen wie im echten politischen Leben eines Abgeordneten in den jeweiligen Landesgruppen, Arbeitsgruppen und Fraktionen. Den internen Debatten folgte die Aussprache mit den Fachleuten anderer Fraktionen innerhalb der jeweiligen Ausschüsse. Danach wurde im Plenum des Deutschen Bundestages über die vier vorliegenden Gesetzentwürfe öffentlich debattiert und in 2./3. Lesung abgestimmt. Zur Diskussion stand ein Entwurf zum Thema "Diskriminierungsfreie Bewerbung", "Datenschutz", "PKW-Maut" und "Pflegebedarf von Familienangehörigen".

Tim Rieger durfte "seinen realen Abgeordneten" aber auch in seinem Berliner Büro erleben, an einer Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus teilnehmen und ihn bei

einer Diskussionsrunde der SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg mit Abendessen in die Berliner Landesvertretung begleiten.

Der letzte offizielle Termin von "Jugend und Parlament 2012" war eine Fragerunde, in der die "Jungparlamentarier" die fünf Fraktionsvorsitzenden bzw. die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der echten Bundestagsfraktionen befragen durften, darunter Frank-Walter Steinmeier (SPD). Geleitet wurde diese Runde vom ARD-Hauptstadt-Chefredakteur Ullrich Deppendorf - ein besonderes Erlebnis.

Für Tim Rieger waren die vier Tage in Berlin ein aufregendes und unvergessliches Erlebnis. "Ich freue mich, wenn politisch interessierte Jugendliche aus ganz Deutschland zusammen kommen, um gemeinsam Politik zu gestalten", so Stefan Rebmann bei der Verabschiedung von Tim. Solche Planspiele wie im Rahmen von "Jugend und Parlament" seien wichtig, um das bestehende Interesse vieler Jugendlicher an Politik zu stärken. Hier könnten sie lernen, wie wichtig es sei, sich einzumischen um die Dinge zu verändern."



Erläuterungen zu den islamischen Festen und Anlässen

Islamische Feiertage 2012

Das Fastenbrechenfest und das Opferfest sind die eigentlichen Feste im Islam. Sie sind für alle islamischen Rechtschulen und Völker verbindlich und richten sich nach dem islamischen Mondkalender.

Die Festlegung der Daten dieser Feste und ihre Umrechnung auf den Gregorianischen Kalender wird bei manchen Rechtsschulen nicht nur von der astronomischen Rechnung, sondern auch von der eigentlichen Sichtung des Neumondes abhängig gemacht. Dies führt dazu, dass die genaue Festlegung besonders beim Ramadanfest manchmal erst am Vorabend des Festes möglich ist. Geographische Gegebenheiten können auch dazu führen, dass die Festlegung des Festes in den verschiedenen islamischen Ländern um einen Tag variiert.

Die anderen festlichen Anlässe haben keinen einheitlich verbindlichen Charakter im theologischen Sinne, werden jedoch von manchen islamischen Rechtschulen und Völkern als Feste betrachtet.

Die Fastenzeit beginnt im Monat Ramadan täglich bei der Morgendämmerung und endet beim Sonnenuntergang. Während dieser Zeit ist Essen, Trinken, Rauchen und Geschlechtsverkehr nicht erlaubt.

Die Fastenpflicht betrifft alle Muslime ab der Geschlechtsreife, diese wird für Mädchen durch die erste Monatsblutung und für Jungen durch den ersten Sa-

meneguss festgelegt. Vor diesem Zeitpunkt ist das freiwillige Fasten erwünscht.

Alte, kranke und schwache Leute, sowie Reisende, Schwangere, Wöchnerinnen und menstruierende Frauen sind von der Fastenpflicht befreit.

(Bitte beachten Sie, dass die Festlegung des Tages von Ramadan und dem Festtag aufgrund unterschiedlicher Rechnungsgrundlagen um einen Tag variieren kann. Der Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland (KRM), also die Verbände DITIB, VIKZ, Islamrat und Zentralrat zusammen haben sich gemeinsam auf einen einheitlichen Zeitrahmen verständigt)

- **Ramadan: 20. Juli 2012**

- Das Fastenbrechenfest: 19. August - 21. August 2012
- Das Opferfest: 25. Oktober - 28. Oktober 2012

Weitere wichtige Tage im islamischen Kalender:

- Mevlid (Geburtstag des Propheten Muhammad): 3/4. Februar 2012
- Das islamische Neujahr (1434 n.H.): 15. November 2012
- Ashura-Fest (Fasten- und Rettungstag des Propheten Moses): 24. November 2012

Fastenbrechenfest: Auch Ramadanfest, Arabisch „Idul Fitr“, Türkisch „Ramazan Bayrami“

Opferfest: Arabisch „Idul Adha“, Türkisch „Kurban Bayrami“. Das Opferfest ist das höchst islamische Fest.

Nach Hidschra (n.H.): d.h. nach der Auswanderung des Propheten Muhammad von Mekka nach Medina im Jah-

re 622 n.Ch. (Beginn der islamischen Zeitrechnung)
Quelle: <http://islam.de/2860>

Terminkalender der Mannheimer SPD

Hier stehen nur die öffentlichen Termine, die auf die Website der Mannheimer SPD gestellt oder per E-Mail mitgeteilt wurden:

Montag, 25.06.2012, 20:00 Uhr. Biotopia

Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Neckarstadt-Ost zum Thema Fiskalpakt

Dienstag, 26.06.2012, 19:00 Uhr

Tomate, B6, 12

Juso-Treff. Wir treffen uns, um einen geselligen Abend miteinander zu verbringen. Dabei gibt es kein festes Programm. Wir möchten einfach einen schönen Abend miteinander verbringen und uns nett unterhalten.

Mittwoch, 27.06.2012, 09:30 Uhr

TSV Neckarau, Kiesteichweg 9

Kindergarten-Fußballturnier. Die sportpolitische Sprecherin der SPD-Gemeinderatsfraktion, Andrea Safferling sowie Stadtrat Rainer Spagerer suchen beim Kindergarten-Fußballturnier nach Talenten für die kommenden Europameisterschaften.

Mittwoch, 27.06.2012, 18:00 Uhr

Treffpunkt: Hof des Gemeinschaftszentrums, Jungbuschstraße 19

Rundgang durch den Jungbusch: Stadtrat Ulrich Schäfer überprüft den Stadtteil auf neue Entwicklungen.

Donnerstag, 28.06.2012, 19:00 Uhr - 21:00 Uhr

Gaststätte Spiegelschloss 1, Spiegelfabrikstraße 314

Mitgliederversammlung der SPD Waldhof-Luzenberg mit Anette Schangai, Vorsitzende der WaLu "Wir am Luzenberg".

Donnerstag, 28.06.2012, 19:00 Uhr

Juso-Keller, H7, 16 (Hinterhofhaus)

Juso-Projektgruppe Konversion

Freitag, 29.06.2012, 11:00 Uhr

Stadthaus, N 1

"Infotag für ältere Bürgerinnen und Bürger". Stadträtin Andrea Safferling ist beim "Infotag für ältere Bürgerinnen und Bürger" zugegen.

Freitag, 29.06.2012, 11:30 Uhr

Diakoniekirche Plus, Lutherstr. 2

Eröffnung des Kinderkaufhauses Plus. Stadtrat Rainer Spagerer kommt zur Eröffnung des Kinderkaufhauses Plus, dass günstige Kleidung und Bücher, Spiel- und Schulsachen anbieten wird.

Freitag, 29.06.2012, 14:00 Uhr

Sportgelände des Unteren Luisenparks, Theodor-Heuss-Anlage 2

Schillerlauf. Stadträtin Andrea Safferling und Stadtrat Rainer Spagerer kommen zum diesjährigen Schillerlauf im Luisenpark.

Freitag, 29.06.2012, 18:00 Uhr

Friedrichsfeld, am Denkmal, Saarburger Ring 2

550-Jahr-Feier der „Schlacht bei Seckenheim“. Helen Heberer wird ein Grußwort sprechen.

Samstag, 30.06.2012, 17:00 Uhr

Schlosskirche Mannheim

„Die Mozartkinder“ singen für die Sternwarte



Siehe: <http://neinzumbetreuungsgeld.de>



Das Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung

veranstaltet am
Freitag, 6. Juli und Samstag, 7. Juli

im
Hotel „Am Froschbächel“
DRK Bildungszentrum Bühl
Henri-Dunant-Platz 2, 77815 Bühl
im Rahmen der



ein Seminar zum Thema

**Bürger einbeziehen und begeistern
– Moderationstechniken zu mehr
Bürgerbeteiligung**

Es geht heute darum, die Beteiligung in der Politik zu fördern und positive Erfahrungen mit demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten zu eröffnen. Diese sollen die bestehenden politischen Mitwirkungsmöglichkeiten und die demokratisch legitimierte Gremien ergänzen, nicht ersetzen.

Wer den Menschen aktiv und offen Mitwirkung an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen eröffnet, profitiert davon - und die beteiligten Bürgerinnen und Bürger ebenso. Denn Ideen, Kreativität und die Motivation der Bürgerinnen und Bürger werden für die soziale Demokratie nutzbar gemacht. Umgekehrt lernen die einbezogenen

Menschen politische Prozesse praktisch kennen und machen die Erfahrung, dass ihre Meinung zählt und Engagement etwas bewirkt. Dazu will dieses Seminar beitragen.

PROGRAMM

Freitag, 6. Juli 2012

- Anreise, Check-in, Begrüßungskaffee bis 17 Uhr
- 17:00 Begrüßung und Vorstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Vorstellung der Teilnehmenden
- 17:30 Das Konzept „Zukunftswerkstatt“ in Theorie und Praxis
- 18:30 Abendessen
- 19:30 Fortsetzung der „Zukunftswerkstatt“

Samstag, 7. Juli 2012

- 09:00 Vorstellung weiterer beteiligungsorientierter Verfahren: „Open Space“, „World Café“ und „Bürgerkonferenz“
- 10:30 Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Verfahren
- 12:30 Mittagspause
- 13:30 Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse im Plenum
- 15:00 Ideenwerkstatt: welche Methoden und Hilfsmittel erleichtern Beteiligung?
- 16:00 Auswertung des Seminars: Was taugen die vorgestellten Konzepte für unsere Arbeit vor Ort? Was nehme ich mir für unsere nächste Veranstaltung vor?

ANMELDUNG

Bitte melden Sie sich bis
29.06.2012 unter folgender Mailadresse an:
Sieglinde.Hopfauer@fes.de

Kosten

Im Seminarbeitrag von **50 €** sind enthalten: Programmkosten, Unterbringung im Einzelzimmer und Verpflegung. Kosten für Getränke während des Seminars und bei den Mahlzeiten tragen die Teilnehmenden selbst.

Trainer/in und Seminarleiter/in

Sonja Elser, Lorch
Hans-Peter Alter, Mannheim

Verantwortlich

Türkan Karakurt, Fritz-Erler-Forum, Stuttgart

Veranstaltungs-Nr. 1330 1703



Geschickt



Ungeschickt